

Dresdner Volkszeitung

Vorstandort: Leipzig.
Redaktion: Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banfforto:
Gehr. Arnold, Dresden.

Abo-nemtungspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beiträgen monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen, vierfachlich 4.0 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.1.6.00. Ersteinsatz täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur während von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsjahr von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Posten werden die 7 geprägten Postzettel mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Weiterholung wird Hobart gewährt, ebenso auf Verlängerungen. Posten müssen bis spätestens 10 Uhr jährig in der Exposition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 2.

Dresden, Donnerstag den 3. Januar 1918.

29. Jahrg.

Besprechungen in Berlin.

In Berlin haben gestern wichtige Beratungen über die Friedensverhandlungen stattgefunden. Hindenburg und Ludendorff sind in Berlin eingetroffen. Der Kaiser hat sowohl die militärisch wie die politisch leitenden Männer über die Lage gehört und die Vertreter der Mehrheitsparteien haben gemeinsam gesagt. Ob, wie es von unseren Vertretern gefordert worden ist, das Plenum des Reichstags einberufen werden wird, ist noch sehr zweifelhaft. Das mindeste, was verlangt werden muss, ist, dass der Hauptratschuss nicht gleich wieder auseinanderlässt, sondern so lange zusammenbleibt, bis über alle wichtigen Fragen, die bei den deutsch-russischen Friedensfragen geöst werden müssen, die nötige Klarheit geschaffen werden ist.

Die Auseinandersetzungen in der Presse über die Friedensfrage dauern fort und zeigen, dass die Meinungen noch immer weit auseinandergehen. Von den auch in unserer Partei vertretenen Anhängern der östlichen Orientierung, d. h. von denen, die glauben, dass wir vor allem verloren müssen, deshalb mit Russland zu guten politischen Beziehungen zu kommen, um in Russland einen Rückhalt gegen England zu haben, wird an sich mit Recht betont, dass wir mit Russland zu einem Frieden kommen müssen, der nicht nur die Polizeiwelt einigermaßen zufriedenstellt, sondern auch von späteren andersgearteten Regierungen Russlands als erträglich angesehen werden kann. Man kann der Meinung sein, dass es heute noch verfrüht ist, irgend etwas über die künftige Gestaltung der politischen Beziehungen Deutschlands zu den anderen Staaten zu sagen. Es ist sehr wohl denkbar, dass wir auch bei einem sehr weiten Entgegenkommen gegen Russland wieder einmal in ein gelassenes Verhältnis zu Russland kommen. An Gegenwärtigen wird es möglicherweise auch in der Zukunft nicht fehlen. So wissen wir zum Beispiel nicht, ob wir in Russland in der Zukunft Regierungen haben werden, die bereit sind, auf Konstantinopel zu verzichten. Niemand kann daher wissen, ob wir nicht einmal genötigt sein werden, an den Westufern einen Rückhalt gegen Russland zu suchen. Aber wie man auch immer über die zukünftige Entwicklung denkt, auf keinen Fall dürfen wir uns die Möglichkeit verbauen, mit Russland später in guten politischen Beziehungen zu leben, und das würde möglicherweise geschehen, wenn in Russland die Aufschauung entstünde, dass durch Deutschland wirtschaftlich oder politisch wichtige Länder von Russland abgetrennt worden sind. Besonders gilt dies bezüglich der baltischen Provinzen, weil es vermutlich in Russland nicht so leicht verwunden werden könnte, wenn durch Abtrennung dieser Länder Russlands so knapper Anteil am Meer noch verringert würde. Deshalb müssen wir alles tun, um auch nur den Schein zu vermeiden, dass wir das Selbstbestimmungsrecht der in Frage kommenden Völker irgendwie beeinträchtigen oder sie auch nur in einem Russland ungünstigen Sinne beeinflussen wollen.

Vielleicht wird in der Presse, besonders natürlich bei den Alddeutschen, von militärischen Sicherungen geredet, aber niemand hat bisher gesagt, wie er sich diese militärische Sicherung eigentlich denkt. Deutschlands militärische Lage würde vielleicht dadurch verbessert, dass weite Gebiete im Osten militärisch in unserer Hand blieben, dass wir etwa ganz Polen bis zur Linie Danzig-Wertheim-Rostock einstecken, durch das Menschenmaterial, das wir dadurch in die Hände bekommen, unser Heer verstärken und zugleich eine Verkürzung unserer Grenze im Osten erzielen. Aber an etwas derartiges denkt außer ein paar ganz überspannten Annexionisten kaum jemand. Ob Russland im Osten und militärisch im Kriegsschale irgendwie nützen würden, ist sehr zweifelhaft. Und eine verhältnismäßig geringe Herauslösung unserer Grenze nach Osten würde bei der gewaltigen Überlegenheit Russlands an Land und Menschen im Kriegsschale kaum sehr viel helfen, aber sie würde auf eine neue Teilung Polens hinauskommen, die bei dem polnischen Volke die größte Erbitterung erzeugt, kurz und gut, die etwigen militärischen Vorteile einer solchen Grenzsicherung würden in keinem Verhältnis zu den politischen Nachteilen stehen.

Die Alddeutschen töben und müthen noch wie vor. Die Landesvereine der Deutschen Volkspartei in Ostpreußen haben an den Kaiser eine Eingabe gerichtet, in der sie erkläre:

Sie vermissen es nicht zu begreifen, dass die Verhandlungen seitens der Sieger von vornherein in einem dem Vorsicht auf größte Erweiterungen des deutschen Schwertes gleichen Entwickelungen gesetzt worden sind.

Die Neue Westfälische Volkszeitung, das Organ der Konservativen in Minden-Lübbecke, ruft nach einem „befreien Helden“, das Blatt schreibt unter anderem:

„Möglich nur“, schreibt das Blatt, „dämmert sich unsere Erregung anzüglich der letzten Nachrichten aus Rostow-Dowost, die so ungedecklich, detailliert demilgent und tiefstaubend ist, dass preußisch-deutsche Erregung und in solchem Maße vernichtend folgen für Deutschland Weltmachtzusammenfall, doch man sie einfach nicht glauben wird... Unter dem ersten niederschmetternden Einbruch muss es heute und sofort gesagt werden: wenn die „Gipfelkonferenz“ von Rostow-Dowost in ihren entscheidenden Punkten nicht nach von Grund auf neuerlich und umgestaltet werden – sei es, dass die Weltmächte dieses neueste und schmalbottige alte Reichsangebot mit dem gleichen Rohn widerstehen wie vordem, sei es, dass bei uns endlich der langverhaltene Entscheidungskampf mit Wucht losbricht, der die Wahn freimacht für das deutsche Sieger-

recht – dann stehen wir vor dem Bankrott Deutschlands, vor der schwindelhaften Kapitulation, welche die Weltgeschichte je sich und jemals wieder sehen wird... Der Ruf nach den bestreitbaren Helden durchdringt heute die deutsche Seele in ihrer grenzenlosen Not und Verlassenheit; wann wird der Meister kommen unserem Lande?

Am tollsten treibt es wie immer die Deutsche Tageszeitung. Dort ist abweichungshalber einmal der Herr Bley losgelassen worden, der am Schuh einer langen Entzugszeitplakette lagt:

Unmittelbar vor unserem Ende liegen wir uns vor die Gesichter volligen Zusammenbruches gelehnt. Und ringsum im ganzen deutschen Volke, in allen seinen besten Kreisen nicht ausgeschlossen, richten sich die leise Hoffnung auf jene Männer, die allein noch Hilfe bringen können, indem sie sich an das Herz und die Einigkeit des Kaisers wenden. Unser Volk hat im Hinterland auf unsere Siege schwierig alle die schwierigen Sorgen getragen, die im Namen des Kriegsfeldes ihm aufgebrodet sind. Die Last ist voll. Ein Ende verträgt es unmöglich. Um der Krone willen richten alle Worte sich jetzt auf den Kaiser. Da hilft keinem Landesbund mehr: es muss gesagt werden, dass die Scheidewand fällt, die von den Scheidemännern zwischen den besten und bewährtesten Freunden des Volkes und seinem Koller aufgerichtet ist. Noch ist die Liebe zu den Hohengötern unerschöpflich. Heute noch!

Wo bleibt der Herr, dessen die notwolle Zeit harrend und bangend wartet?

Ist nicht einer unter allen Paladinen?

Der alte Gründach, dessen ehrfürchtige Anhänger ja stets die Leute waren, die so tun, als ob sie auf ihre Königstreue ein Potest genommen hätten: Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut. Herr Bley richtet einen letzten Appell an den Kaiser, sich doch endlich zum Werbung der annexistischen Schnellfahrt zu machen. Für den Fall, dass das aber nichts nützt, rufft Herr Bley nach einem Hör. Was dieser wild gewordene Herr verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als eine militärische Meuterei. Jemand ein tatkräftiger General soll Regierung und Kaiser zwingen, einen Frieden nach allddeutschem Rezept zu schließen. Und der Herr Bley ist ein Mann aus dem Lager, wo man herzerbrechend über die Vereinfachung der militärischen Kommandogewalt des obersten Kriegsberaters zu sprechen anfing, als im Reichstag gefordert wurde, dass Offizierernennungen durch den Kriegsminister vorgezeichnet werden sollen. Könnten sie ihre Ziele durchsetzen, so wäre unsern Allddeutschen jedes Mittel recht, wenn es sein möchte, auch Staatsstreich und Revolution.

Ein Kronrat.

Ein Kronrat hat am Mittwoch getagt. Nach dem ersten Antritt stand eine Reihe von Fragen zur Verhandlung, durch die eine Vereinbarung mit den russischen Wählern erzielt werden soll. Zu diesen Fragen gehört auch das Referendum in den besetzten Gebieten.

Berlin, 2. Januar. (Amtlich.) Heute nachmittag empfing Ze. Majestät der Kaiser den Reichskanzler Dr. Arthur v. Brieskow, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den Generalquartiermeister Ludendorff, den Staatssekretär Grafen Möller und den Staatssekretär Dr. v. Kühlmann zu gemeinsamem Vortrag.

Die Mehrheitsparteien und die Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Berlin, 3. Januar. Gestern nachmittag fand eine internationale Beisitzung statt. Im Mittelpunkt der Beisitzung, die vertraulicher Natur war, standen, wie das Parl. Tagebl. berichtet, die Ergebnisse der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Vertreter der Mehrheitsparteien formulierten ihren Standpunkt zu diesen Ergebnissen und gaben die vorerst Erwartung der Dinge. Es wurde eine Erklärung über die Haltung erwartet, die in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses angenommen werden soll. Eine gemeinsame Grundlage für die Sitzungnahme der Mehrheitsparteien ist vereinbart. Sodann wurde eine Reihe geschäftlicher Fragen besprochen, die auf die bevorstehende Sitzung des Hauptausschusses nicht bezogen. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses wird der Zusammenschluss des Reichstags erörtert und die Bildung der Regierung zu den Vereinbarungen in Brest-Litowsk eingegangen. Hierzu wird der Reichsangestellte erwartet.

Die Besprechungen mit Kühlmann.

Der Kriegsminister wird geweckt: In den Besprechungen nahmen Vertreter sämtlicher Parteien einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokratie teil. Sie begannen etwa um 8 Uhr und dauerten bis in die neunte Stunde. Wie das Berliner Freie Journal aus Abgeordnetentreffen berichtet, war die Sitzung der Abgeordneten zu den Reichstagswahlen einstimmig durchaus nicht einheitlich. Eine unbedingt ablehnende Haltung sollte nach der sozialistischen Meinung allerdings nur die Unabhängigen sozialdemokratischen eingenommen haben, als deren Sprecher der Abgeordnete Hanke sich sehr scharf äußerte.

Zusammenschluss des Reichstags?

Der Zeitungen und Buch des Reichstags ist, wie das Berliner Tageblatt meldet, auf heute nachmittag 2 Uhr einberufen worden, um sich darüber schlüssig zu werden, ob das

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.
(W. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf. Nähe an der Küste wurden bei gelungener Unternehmung Gefangene gemacht. Französische Verbündete in der Champagne nördlich von Provinz und nördlich von Reims scheiterten in unserem Feuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Richtige Neuig.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

ist die Lage unverändert. Der Geheime Generalquartiermeister: Zubendorff.

Plenum des Reichstags sofort zusammenzutreffen soll. Es liegt dazu ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie vor, der die Beratungen des Hauptausschusses angehört, der beabsichtigte weiteren Friedensverhandlungen mit Russland nicht fürzureichend und daher den Zusammenschluss des Plenums für notwendig erachtet. Die Fraktionen sämtlicher Parteien werden heute Sitzungen abhalten, um zu diesem Antrage Stellung zu nehmen. Im Augenblick sind die Ansichten noch sehr geteilt. Es werden Debatten dagegen laut, die Volksversammlung des Parlaments in Abwesenheit des Staatssekretärs v. Kühlmann einzuberufen. Dazu trete, sagt man verschiedentlich, der Umstand, dass vieles gar nicht öffentlich diskutiert werden könnte. Es ist daher — in gewissen parlamentarischen Kreisen wenigstens — der Wunsch laut geworden, lieber statt der Einberufung des Plenums, den Hauptausschuss längere Zeit tagen zu lassen, um ihm dauernd Gelegenheit zu geben, sich mit den Problemen der Friedensverhandlungen laufend auseinanderzusehen.

Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten.
Berlin, 2. Januar. Die Nordb. Bdg. Bdg. Schreiber: Unter Vorst. des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Tondl fand heute vormitig im Reichskanzleramt eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Besprechung der politischen Fragen statt.

Abreise des Herren v. Kühlmann.

Berlin, 3. Januar. Staatssekretär v. Kühlmann ist in dieser Nacht zwischen 12 und 1 Uhr mit seiner Begleitung von Bahnhof Friedrichstraße wieder nach Preßburg abgereist. Mit dem gleichen Sonderzug haben sich die österreichischen und bulgarischen Delegierten nach dem Ort der Friedensverhandlungen begeben.

Wird die Entente antworten?
In der Presse des In- und Auslandes laufen die verschiedensten Gerüchte um über die Art der Antwort, die die Entente auf die russische Anfrage zu ertheilen gedenkt. Die Times melden aus Washington: Zwischen London-Paris und Washington sind ein Gedanken austausch statt über die Form einer Antwort auf die österreichisch-deutschen Bedingungen, wie sie durch die Bolschewiki dem Verband mitgeteilt worden sind. Es ist noch nicht entschieden, ob Wilson, Lloyd George und Clemenceau antworten werden. Wenn sie es tun, wird die Antwort wahrscheinlich eine abnormale Feststellung der Kriegsziele der Entente in sich schließen, in der Form eines Aufrufs an die feindlichen Völker über die Röte der eigenen Regierung hinweg.

Wie aus den in Paag vorliegenden Meldungen Neuland hervorgeht, sind die englischen Korrespondenten in Berlin-Berlin City eifrig an der Arbeit, durch allerhand Auseinandersetzungen die Friedensverhandlungen zu föhren. In Paris erregt ein Beitrag des Paag große Sensation, der offen für den Eintritt der Entente in die Friedensverhandlungen anfordert. Als Grundlage sollte die Drohung des wirtschaftlichen Boykotts den Mittelmächten gegenüber dienen.

Der Nördlichen Zeitung wird aus Berlin gemeldet: „Über die russischen Vertreter bei den Friedensverhandlungen und die Zusammenarbeit mit ihnen werden von einem vorübergehend hier anwesenden Teilnehmer an den Verhandlungen Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht, dass wir es bei den russischen Abgeordneten mit keinerlei hochstehenden, leingebildeten Persönlichkeiten zu tun haben und das die Zusammenarbeit mit ihnen nichts erkennen lässt. Dass sie sich einer offenen und ehrlichen Verhandlungs methode hielten. Natürlich war ihnen die schwierige Technik diplomatischer Verhandlungen anfangs fremd. Sie haben es indessen verstanden sich überaus schnell hineinzuarbeiten und beherrschten sie nunmehr in sehr geschickter Weise. Ein wesentliches Kennzeichen der Eigenart der russischen Vertreter ist, dass sie zwar den Frieden als Mittel zum Zweck lebhaft wünschen, doch ihnen jedoch über allem ihr Ideal der Umgestaltung der Weltordnung der Welt im Sinne ihrer Grundsätze steht. Somit unterscheiden sich von durch die Eigenart der einen Verhandlungspartei die Auseinandersetzungen in Brest-Litowsk grundsätzlich von allen früheren diplomatischen Verhandlungen der Geschichte.“